

**Gespräch**

**des deutschen Bundespräsidenten Dr. Richard von Weizsäcker mit  
Vertretern der Schweizer Wirtschaft<sup>1)</sup>**

**unter der Leitung von Staatssekretär Prof. Dr. Franz Blankart  
im Beisein des schweizerischen Bundespräsidenten Pierre Aubert  
und von Bundesrat Leon Schlumpf,  
Basel, 5. Mai 1987**

---

Auf Anregung des deutschen Bundespräsidenten bildeten das Verhältnis der Schweiz zur Europäischen Gemeinschaft sowie die politische und konzeptionelle Herausforderung, die das Spannungsfeld "Oekologie, Energie und Wirtschaft" in sich birgt, die Schwerpunkte der aufschlussreichen Diskussionen.

Angesichts der ausserordentlich hohen internationalen Verflechtung der schweizerischen Wirtschaft ist für Präsident von Weizsäcker das vielfach angesprochene Problem der wirtschaftlichen Marginalisierung der Schweiz nur schwer verständlich: Die Gemeinschaft sei bis anhin lediglich erweitert worden, von einer eigentlichen Vertiefung könne nur teilweise gesprochen werden. Im wirtschaftlichen Bereich bestehe zwar das Vorhaben der Schaffung des Binnenmarktes; nach seiner Beurteilung sind die Aussichten auf eine Verwirklichung noch unbestimmt.

Diese Meinung wird von der schweizerischen Wirtschaft nicht vollumfänglich geteilt: Eine gewisse Abschottungstendenz der EG-Märkte sei durchaus feststellbar (Gerber); mit den Vereinheitlichungsbestrebungen, z.B. im industriellen Bereich, werden neue Unterschiede geschaffen. Aeusserst wichtig sei die Aufrechterhaltung eines Gesprächskanals mit der Gemeinschaft, wobei noch dahingestellt bleibe, inwiefern eine gestaltende Mitwirkung (auf Gegenseitigkeit) zwischen der Schweiz und der EG ohne Beeinträchtigung des EG-Beschlussfassungsprozesses überhaupt möglich seien



(Jolles). Die wirtschafts- und namentlich ordnungspolitische Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern ist eine wichtige Komponente unserer gegenseitigen Beziehungen; aufgrund unserer diesbezüglich gleich gelagerten Vorstellungen kann uns die Bundesrepublik eine wichtige Hilfestellung gegenüber anderen politischen Traditionen innerhalb der EG leisten (Jolles, Gerber). Die bisherige Zusammenarbeit Schweiz-EG ist dennoch als gut zu beurteilen: Das umfangreiche Vertragsnetz - erwähnt werden das Uhrenabkommen (Margot) und das Versicherungsabkommen (Meyer) - zeigt den beidseitigen Kooperationswillen in Bereichen, die von gegenseitigem Interesse sind. Eine gewisse Marginalisierung der Schweiz werde jedoch z.B. im Ausbildungswesen vermehrt zum Tragen kommen: Aufgrund der Freizügigkeit innerhalb der EG, was Ausbildung und Berufsausübung namentlich von akademischen und freien Berufen anbelangt, werden schweizerische Jugendliche benachteiligt (de Kalbermatten).

Der Themenkreis Oekologie-Wirtschaft war im wesentlichen unter dem Gesichtspunkt der allseitig aktuellen Diskussion der Zukunft der Energieversorgung gewidmet. Nachdem die politische Akzeptanz für den Bau neuer Atomkraftwerke hüben und drüben zumindest zur Zeit nicht gegeben ist, in absehbarer Zeit aber kein Rückgang des Verbrauchswachstums zu erwarten ist, stellt sich die Frage nach den Quellen der künftigen Energieversorgung (Borgeaud); der Elektrizitätsimport aus Frankreich, wo AKW's wenigstens gegenwärtig nicht "unter Beschuss" geraten sind, kann keine längerfristige Alternative sein (von Weizsäcker).

Kurzfristiger entstehen der Industrie Probleme der Kapazitätsreduktion, da der Bau von AKW's in beiden Ländern blockiert ist und zudem nur geringe Exportmöglichkeiten in Entwicklungsländer bestehen. Da der Zeitrahmen unbestimmt ist, stellt sich die Frage, namentlich was die Arbeitsplätze anbelangt, ob bis zur Beruhigung der Lage "überwintert" werden soll. Die gegenwärtige Situation ist auch deshalb unbefriedigend, weil Neuentwicklungen, z.B. im AKW-Sicherheitsbereich, verhindert werden (Leutwiler).

Der Reaktorunfall von Tschernobyl hat zu einem grundlegenden Meinungsumschwung in der Bevölkerung geführt, da der Öffentlichkeit die möglichen Auswirkungen der Verwendung von Kernenergie vor Augen geführt worden sind. Eine Reduktion des Energieverbrauches muss mit einem Energiegesetz, das u.U. Kontingentierungen vorsieht, verwirklicht werden (Reimann).

Die Aufgabe des Staates in den Anstrengungen zur Bewältigung der Umweltproblematik liegt in der Formulierung von politischen Zielsetzungen und der Schaffung der entsprechenden Rahmenbedingungen. Die Aufrechterhaltung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, die Vermeidung von intraeuropäischen Spannungen sowie eine positive Motivierung der Jugend sind in dieser Hinsicht wesentliche Herausforderungen (Schmidheiny). Die Problemlösung soll dabei nicht (nur) mit politischen Mitteln angegangen werden, sondern es müssten vermehrt internationale Berufsstrukturen beigezogen werden (Holzach).

Als weiterer ökologisch relevanter Aspekt wurden die weltweiten Getreideüberschüsse erwähnt, die nur über eine Produktionsdrosselung abgebaut werden können (Demaurex).

Trotz anfänglicher Verständigungsschwierigkeiten im Zusammenhang mit dem Chemieunfall in Schweizerhalle ist nun ein gegenseitiges Vertrauen geschaffen worden, das eine konstruktive Problemlösung ermöglicht (Gerber). Eine enge grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Form einer bilateralen Kommission für Sicherheit, Informationsaustausch, etc. leistet hiezu Wesentliches (Bergmaier). Die kürzlichen Aeusserungen des deutschen Bundespräsidenten werden verdankt (Gerber).

\*

\*

\*

DER STAATSSSEKRETÄR  
Bundesamt für Aussenwirtschaft

Bern, 29. Mai 1987

VERTRAULICH

An die Herren Hans Bergmaier  
Pierre Borgeaud  
Claude Demaurex  
Fritz Gerber  
Robert Holzach  
Paul R. Jolles  
Bruno de Kalbermatten  
Fritz Leutwiler  
André Margot  
Emile Meyer  
Fritz Reimann  
Stephan Schmidheiny

BRD 877.3 - Gr/ne

Aussprache mit S.E. dem Präsidenten  
der Bundesrepublik Deutschland  
Freiherr Richard von Weizsäcker

an	PIA	W/S	PIA	a.s.r.	a/a
Datum	3.6.	N			13.2
Visa			P.		P.
EDA		03.06.87		16	
Ref. p. B. 15.51. A. 9. (2).					

Sehr geehrte Herren

Ich beehre mich, Ihnen in der Beilage eine von meiner Mitarbeiterin, Frau M. Gramm, verfasste Aufzeichnung über die obgenannte Aussprache zu überreichen. Angesichts der sehr dichten Diskussion ist diese Notiz mehr als Gedächtnisstütze denn als Protokoll konzipiert. Ferner erhalten → *fehlt* Sie eine Sonderbeilage des "Bund", die aus Anlass des Staatsbesuches dem Wirtschaftsverhältnis Schweiz/BRD gewidmet worden ist.

Dies festgestellt, benütze ich gerne diese Gelegenheit, um Ihnen für Ihre wertvolle Teilnahme zu danken.

Ich versichere Sie, sehr geehrte Herren, unserer vorzüglichen Hochachtung.

*Walter Stamm*

1  
Beilage

- 2 -

Kopie mit Aufzeichnung an:

- Sekretariat des Bundespräsidenten, EDA
  - Sekretariat des Vorstehers des EVD
  - Sekretariat des Vorstehers des EVED
  - Protokollchef
  - Chef der Politischen Direktion I
  - Schweiz. Botschaft, Bonn
  - Schweiz. Mission bei der EG, Brüssel
- B, Cm, Rb, Ly, A, Py, Md, Bd, Je, Ke, R, Gr